

Kongressbeschluss

Fairer Welthandel im Interesse der Menschen

déi gréng wollen die Globalisierung ökologisch nachhaltig und sozial gerecht gestalten. Auch der Handel muss dazu beitragen, die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts - Klimakrise, Ressourcenverschwendung, ungebremster ökologischer Raubbau, Armut und Hunger, gewalttätige Konflikte und in der Folge die Flucht von Millionen Menschen - zu lösen, statt sie weiter zu verschärfen. Das Beispiel der Europäischen Union zeigt, dass richtig ausgestalteter Handel Lebensqualität und Wohlstand steigern kann. Doch das Beispiel der EU zeigt auch: Fairer Handel braucht gute Rahmenbedingungen, klare Regeln und wirksame demokratische Kontrolle. déi gréng werben deshalb dafür, dass Handel auf starke Regeln statt auf einseitige Liberalisierung setzt. Nur so legt er das Fundament für eine faire globale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir sagen: Nur fairer Handel ist nachhaltig, demokratisch und im Interesse der Menschen.

Unter fairem Handel verstehen déi gréng das Ergebnis von sinnvoller weltweiter Arbeitsteilung und von Spezialisierungsprozessen, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen hierzulande und weltweit führen. Fairer Handel trägt dazu bei, Verbraucher-, Umwelt- und Sozialstandards sowie die Menschenrechte in internationalen Handelsbeziehungen zu stärken. Er basiert auf Spielregeln, die Wettbewerb unter gerechten Bedingungen ermöglichen und Monopolbildung und Marktkonzentration zurückdrängen. Fairer Handel steht auch für eine Wirtschaft, die Verbraucherinteressen wahrt, Armut mindert, Verteilungskonflikte reduziert und die Ressourcen sowie die Umwelt schont.

2015 hat die Weltgemeinschaft mit dem Klimaabkommen von Paris und den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (*Sustainable Development Goals*) eine wichtige Etappe für wirksamen Klima- und Umweltschutz und für die Bekämpfung von Armut und Hunger weltweit genommen. Unsere künftige Handelspolitik muss maßgeblich dazu beitragen, dass diese ehrgeizigen Ziele auch erreicht werden.

1. Ein Jahrzehnt nach dem Scheitern der Doha-Runde: Eine Bestandsaufnahme

Die Durchsetzung eines ungebremsten Freihandels wird oft als alternativlos hingestellt, wenn es darum geht, wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben. Das stimmt jedoch so nicht. Die Globalisierung und der mit ihr einhergehende Technologietransfer in Niedriglohnländer haben dazu geführt, dass internationale Konzerne Monopolstellungen aufbauen konnten. Sie schaffen es dadurch, nicht nur die Lohnentwicklung in Europa auszubremsen. Durch aggressive Steuervermeidung und forcierten Abbau von Zöllen schöpfen sie ebenfalls den größten Teil der durch die Globalisierung entstehenden Gewinne in Schwellenländern für sich ab. So kommen die Vorteile vor allem einigen Wenigen zu Gute, während die Risiken und Nebenwirkungen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

Nach Jahrzehnten intensiven Ringens um Deregulierung und Zollabbau mag der Welthandel zwar frei sein, aber er trägt nicht zu einer ausgewogenen und nachhaltigen globalen Entwicklung bei. Im Gegenteil: die Kosten des blinden und ungebändigten Wachstums explodieren und werden immer offensichtlicher. Dabei belasten sowohl bei uns, als auch in Entwicklungsländern der Klimawandel, die Luftverschmutzung, der Druck auf Wasserreserven, die Abholzung der Wälder, die Erosion der Böden und der Verlust der Biodiversität ungleich stärker die ärmeren Bevölkerungsschichten.

a. Welthandel und soziale Rechte

Die Globalisierung schafft und zerstört Arbeitsplätze in unterschiedlichen Ländern und in unterschiedlichen Industriezweigen. Sie schafft sogar Arbeitsplätze in Ländern, die auf den ersten Blick nicht zu den Gewinnern zählen. Es sind genau diese Arbeitsplätze, die zu der spürbaren, wenn auch bescheidenen Verbesserung der Einkommenssituation in Schwellenländern beigetragen haben. Allerdings hinken die Sozialstandards in diesen Ländern oft den unseren meilenweit hinterher. Richtig wäre es also, wenn wir durch einen fairen Handel dazu beitragen, die höchsten sozialen Standards weltweit zu garantieren und die Freiheit des Handels an die Einhaltung sozialer Mindeststandards zu knüpfen. Der Welthandel darf also nicht auf der Ungleichbehandlung von vergleichbar qualifizierter Arbeitskraft aufbauen.

b. Welthandel und Umwelt

Seit den 1980er Jahren wächst der Transport von Waren sehr viel schneller als die Wirtschaft insgesamt, bedingt durch geänderte Produktionsabläufe und die Aufteilung der einzelnen Produktionsabschnitte eines Produktes auf viele verschiedene Länder.

Anhand einer globalen Aufteilung des Produktionsprozesses, schaffen es Großkonzerne häufig auch strenge Umweltauflagen und Gesetze zu Gunsten des Umweltschutzes, wie wir sie in Europa kennen, zu umgehen. Dies indem sie umweltschädliche Produktionsprozesse in Entwicklungs- oder Schwellenländer verlegen, in denen es entweder keine strengen Umweltstandards gibt, oder in denen Umweltschutzgesetze nicht durchsetzbar sind. Somit werden Gewinne maximiert und die mit dem Produktionsprozess einhergehenden Umweltkosten von ärmeren Ländern und von sozio-ökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten getragen. Für die eventuelle Erneuerung natürlicher Ressourcen muss die Allgemeinheit aufkommen.

Globaler Handel und die mit ihm einhergehende globale Teilung des Produktionsprozesses von Waren macht in den Augen von déi gréng nur in dem Fall Sinn, wo die dadurch entstehenden gesellschaftlichen Gewinne die externen Kosten nicht übersteigen.

c. Welthandel und die Eroberung der Märkte

Welthandel findet jedoch nicht nur im Bereich der Industriefertigung statt. Auch Agrarprodukte werden vermehrt global gehandelt. Der größte Teil der Nahrungsmittel wird jedoch lokal produziert und verbraucht. Von klassischen Kolonialwaren abgesehen, besteht der Welthandel mit Agrarprodukten zu einem Großteil aus Überschüssen. Der Handel mit Überschüssen hilft jedoch nicht dabei den Hunger aus der Welt zu schaffen, sondern zerstört oft lokale Absatzmärkte, weil Kleinbauern sich nicht gegen die Dumpingpreise der Überschussproduktion wehren können. Es ist demnach nicht verwunderlich, dass in Entwicklungsländern ein Großteil der Hungernden aus Kleinbauern und Tagelöhnern besteht, die nicht genug Einkommen erwirtschaften, um ihre Familie über die Runden zu bringen. Die Dumpingpreise der Überproduktion wirken sich jedoch auch negativ auf die Konkurrenzfähigkeit kleiner und mittlerer Agrarbetriebe in Industriestaaten aus. So geht die Zahl der Landwirte seit Jahrzehnten kontinuierlich zurück, wobei die Größe der Höfe steigt. In Industriestaaten sind wohlbermerkt auch andere wirtschaftliche Domänen vom Dumping betroffen. Beispiele sind die Stahlindustrie, die Textil- und Kleiderbranche und die Photovoltaikindustrie.

d. Welthandel und demokratische Entscheidungsprozeduren

Die umfassenden Handelsabkommen, die in den letzten Jahren zwischen großen Staatenblöcken verhandelt wurden, zielen weniger auf den Abbau von Zöllen, als eher auf die sogenannten nichttarifären Aspekte des Handels. Dies mag grundsätzlich zu begrüßen sein, weil dadurch die Welt enger zusammenrückt. Problematisch ist jedoch, dass dieser Ansatz fast ausschließlich auf Druck korporatistischer Lobbyinteressen zustande gekommen ist und oft mit dem Versuch zunehmender Deregulierung einhergeht. Wenn regulatorische Zusammenarbeit die gesetzgeberischen Prozeduren unterläuft und die Kontrollrechte der Parlamente untergräbt, dann destabilisieren Freihandelsabkommen das demokratische Gefüge.

2. Leitplanken für einen fairen Welthandel

déi gréng stehen grundsätzlich für Freiheit und Gleichheit ein, auch beim Thema Handel. Die Freiheit, sich gewerblich zu betätigen, also das Recht auf freies Unternehmertum ist nicht nur verfassungsrechtlich verankert, es ist auch eine wichtige Grundlage der nachhaltigen Entwicklung. Aber auch diese Freiheit gilt nur in den Grenzen, die ihr von anderen Grundrechten gesetzt werden und insofern als sie der nachhaltigen Entwicklung dienlich ist.

Nationale oder europäische Abschottungen sind keine Lösungen für die Probleme der rasanten und oft einseitigen wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre. Genau so wenig sollte die Handelspolitik ihre Rechtfertigung in blindem Wachstum und ungezügelter Wettbewerbsfähigkeit finden. Der Freihandel braucht Grenzen und die Handelsabkommen müssen sozial und ökologisch-verträglich gestaltet werden, damit ihr Nutzen von der Bevölkerung akzeptiert wird.

a. Weiterentwicklung von Sozial-, Verbraucher-, Gesundheits- und Umweltstandards durch Handelsabkommen nicht behindern, sondern fördern

Handels-, Investitions- und Wirtschaftsabkommen dürfen nicht die Möglichkeiten eines Staates beschränken, sinnvolle Regelungen im Interesse der Bevölkerung oder der Umwelt zu erlassen. Dies setzt voraus, dass die Abkommen neben den Regelungen zum freien Handel auch klare, verbindliche und durchsetzbare Regelungen zum Schutz und Ausbau von Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten sowie von Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards beinhalten. Die Ratifizierung der wichtigsten internationalen Instrumente zur Verteidigung der Menschenrechte, der grundlegenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation und des Pariser Klimaabkommens sollte für alle Vertragsparteien obligatorisch sein.

Der Welthandel muss auch die Externalisierung der Umweltkosten berücksichtigen, die häufig mit der Produktionsaufteilung in der globalisierten Welt einhergeht. Diese hat nämlich oft desaströse Auswirkungen auf die Existenz der Menschen in Produktionsländern und -gebieten. Die damit einhergehende Verschmutzung der Luft und des Trinkwassers oder aber die Verseuchung von Ackerland und Fischfanggebieten haben vor allem für ärmere Bevölkerungsgruppen fatale Folgen.

Auch die Produktionsmethoden müssen im internationalen Warenhandel eine Berücksichtigung finden, beispielsweise durch eine Diskriminierung von Produkten, deren Produktion international anerkannte Umwelt- und Sozialstandards nicht erfüllt. Dass diese Forderung keine Utopie ist, zeigt sich daran, dass sie bereits im Rahmen von Sicherheitsstandards gilt.

Vor allem die Internalisierung der im Produktionsprozess von Waren anfallenden Umwelt- und Klimakosten würde den ökonomischen Sinn der Produktion und den weltweiten Transport vieler Waren in Frage stellen. Dies hätte potenziell nicht nur positive Auswirkungen für lokale und regionale Ökonomien, sondern wäre auch ein wichtiger wirtschaftlicher Anreiz für einen verstärkten Rückgriff auf die Kreislaufwirtschaft.

b. Öffentliche Dienstleistungen, Beschaffungswesen und Gemeingüter schützen

Handelsabkommen dürfen nicht zu einer Privatisierung öffentlicher Bereiche – insbesondere öffentlicher Dienstleistungen – führen. Soziale, ökologische und kulturelle Gemeingüter gehören genauso geschützt wie die öffentlichen Dienstleistungen oder der Umgang mit Daten. Die EU sollte bei künftigen Verhandlungen im Bereich der Marktöffnung zum Positivlistenansatz zurückkehren, d.h. nur genau beschriebene Dienstleistungen sollten unter die Freizügigkeit fallen. Auch sollten systematisch Schutzklauseln enthalten sein, die sicherstellen, dass Staaten und öffentliche Akteure weiterhin die Möglichkeit behalten, bereits privatisierte Sektoren wieder in die öffentliche Hand zu nehmen oder besondere ökologische und soziale Standards beim öffentlichen Beschaffungswesen zu berücksichtigen.

c. Freihandel darf nicht den Menschen ihre Existenzgrundlage rauben

Handelsabkommen dürfen schwächere Handelspartner nicht dazu zwingen, Märkte zu öffnen, wenn dies den Menschen in den betroffenen Ländern die Existenzgrundlage raubt. Der Freihandel ist mittelfristig nur tragbar, wenn einseitige und ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile ausgeglichen werden. Da die Summe der Handelsdefizite immer gleich der Summe der Handelsüberschüsse ist, müssen Handelsabkommen es den Ländern auch ermöglichen, Handelsdefizite mittelfristig auszugleichen. Handelspolitik ist also mehr als nur die Diskussion über den Austausch von Waren und Dienstleistungen. Auch Wechselkursänderungen, Lohndumping oder die Schädlichkeit von Steueroasen gehören dazu. Gesunde Böden und Gewässer sowie biologische Vielfalt sind wesentliche Bestandteile der Existenzgrundlage, da sie für elementare Prozesse wie die Nahrungsmittelproduktion wichtig sind. Deshalb darf internationaler Handel nicht dazu führen, dass Menschen z.B. wegen Überfischung oder falsch subventionierter Landwirtschaft ihrer ökologischen Existenzgrundlage beraubt werden.

d. Für einen Internationalen Handelsgerichtshof

Investitions- und Handelsgerichte gehören in die öffentliche Hand und müssen den höchsten juristischen Standards entsprechen, denn der Schutz von Mensch und Umwelt, der unabhängig von wirtschaftlichen Interessen sein muss, ist nur durch eine öffentliche Rechtsprechung zu gewährleisten. So wie der Europäische Gerichtshof in Luxemburg über die Einhaltung der europäischen Verträge wacht, sollte ein Internationales Handelsgericht auf UN-Ebene eingerichtet werden, das für Interpretationen von internationalen Handelsabkommen zuständig ist.

Zudem muss der Rückgriff auf die nationale und europäische Gerichtsbarkeit gefördert werden, beispielsweise indem der Internationale Handelsgerichtshof nur zuständig wird, wenn alle nationalen und europäischen Rechtswege ausgeschöpft wurden. Um einen gleichberechtigten Zugang für kleine und mittlere Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, sollten auch unterstützende Maßnahmen ergriffen werden, um die finanziellen Kosten eines Verfahrens zu begrenzen. Außerdem müssen die Richterinnen und Richter die gleichen Qualifikationen wie Mitglieder des Internationalen Gerichtshofs vorweisen können und ihre Unabhängigkeit und Unparteilichkeit müssen garantiert sein.

e. Internationale Handelsabkommen sollten multilateral ausgerichtet sein

Die Handelsabkommen, die derzeit abgeschlossen werden, sind eher geopolitisch motiviert als multilateral. So wird im pazifischen Raum kein Abkommen ausgehandelt, in dem sowohl China als auch die USA mitmachen. Europa verhandelt sogenannte Partnerschaftsabkommen getrennt in verschiedenen Regionen Afrikas, dem Pazifik und der Karibik ohne dabei die USA oder China einzubinden. Auch bei den transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP wird separat verhandelt, obwohl jenseits des Atlantiks die USA und Kanada bereits über den ALENA Vertrag miteinander verbunden sind.

Wenn der Nutzen des expandierenden Welthandels gleichmäßig und gerecht zwischen den Ländern und innerhalb der Länder verteilt werden soll, muss aus zahlreichen großregionalen Handelsabkommen ein multilaterales Handelsgeflecht entstehen. Die Welthandelsorganisation muss wiederbelebt und weiterentwickelt werden. Nur so lassen sich international anerkannte Arbeits-, Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards und -verpflichtungen durchsetzen, ohne dass der Druck zu einseitigen Wettbewerbsvorteilen dem im Weg steht.

3. Eine demokratischere und transparentere Handelspolitik für Europa

Die Europäischen Institutionen sind zum Teil selbst verantwortlich für die weitverbreitete Kritik ihrer Handelspolitik, da die Entscheidungskompetenz in „Handelsfragen“ stetig in Richtung der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats verlagert wird. *déi gréng* stellen sich nicht gegen breit angelegte, faire internationale Handelsabkommen, sondern gegen die Art und Weise, wie diese bisher ausgehandelt wurden: hinter verschlossenen Türen und unter Verweigerung einer öffentlichen Diskussion.

Im Sinne der Rechtssicherheit müssen Handelsabkommen mit dem EU-Recht konform sein. Dies gilt beispielsweise für die Klärung der Zuständigkeiten zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten oder der Konformität der Investitionsschiedsgerichte mit Europäischem Vertragsrecht.

Ungeachtet des Ausgangs der Verhandlungen zu CETA und TTIP ist bereits jetzt klar, dass die bisherigen Entscheidungsstrukturen der EU und der Mitgliedsstaaten in Sachen Handelspolitik sich als ungeeignet erwiesen haben. Die Europäischen Institutionen und die nationalen Regierungen müssen dieses Problem anerkennen und an Lösungen arbeiten.

a. Demokratische Kontrolle stärken

Neben dem Europäischen Parlament sollten auch nationale Parlamente frühzeitig über transparente Konsultationen und öffentliche Debatten an der Ausarbeitung von Mandaten bei Handelsverhandlungen beteiligt werden. Ein interinstitutionelles Abkommen soll sicherstellen, dass nationale Parlamente ihre Meinung einbringen, bevor der Europäische Rat ein Mandat bezüglich Handelsverhandlungen an die Kommission vergibt. Das Europäische Parlament sollte das Recht erhalten, gleichberechtigt mit dem Rat über das Mandat abzustimmen. Bei gemischten Handelsabkommen sollten die nationalen Parlamente, vor der Ratifizierung, über Debatten in den zuständigen Fachkommissionen, über Impactstudien und Plenarresolutionen die Auswirkungen auf Umwelt, Mensch und Wirtschaft evaluieren und aktiv Stellung beziehen.

c. Mehr Transparenz während des gesamten Verhandlungsprozesses

Der Druck von außen hat bereits Wirkung gezeigt, doch dies reicht noch nicht aus. Während der gesamten Zeitspanne der Ausarbeitung des Mandats sollten alle Dokumente öffentlich verfügbar sein. Während der Verhandlungsphase sollten regelmäßig konsolidierte Texte öffentlich gemacht

werden und die EU-Kommission muss das Europaparlament und die nationalen Parlamente laufend über den Stand der Verhandlungen informieren.

Kongressbeschluss einstimmig beschlossen am 11. März 2017